

(30.05.2019 – 13.06.2019)

Grüner Pressespiegel

Grüne Jugend Kassel

12.06.2019 – Grüne Jugend Kassel begrüßt die Aufgabe der SPD-Blockade bezüglich der Umbenennung der Karl-Branner-Brücke, kritisiert jedoch den zusätzlichen Namensvorschlag

Die Grüne Jugend Kassel zeigt sich vom plötzlichen Namensvorschlag der SPD zur Umbenennung der Karl-Branner-Brücke überrascht: "Bisher hatte sich die SPD-Fraktionsspitze vehement gegen die Umbenennung der Brücke gestäubt. Wir begrüßen, dass die SPD ihre bisherige Position bezüglich einer Umbenennung aufgegeben hat und diese Namensänderung nicht mehr kategorisch blockiert. Statt sich jedoch nun dem bereits von allen beteiligten Ortsbeiräten legitimierten Namensvorschlag "Brücke am Rondell" anzuschließen, kommt sie mit einem eigenen Namen um die Ecke. Jeder weitere Namensvorschlag verkompliziert den Prozess unnötig", erklärt Thomas Volmer, Sprecher der Grünen Jugend Kassel.

Die Grüne Jugend Kassel spreche sich weiterhin für den Namen "Brücke am Rondell" aus. Eine Entscheidung sollte letztlich jedoch von allen Beteiligten getragen werden. "Wichtig ist, dass die Karl-Branner-Brücke endlich umbenannt wird. Der Name ist zweitrangig, solange er im demokratischen Verfahren bestimmt wird und die Ehrung einer Person mit antisemitischer Vergangenheit entfällt.", so Julia Teresa Höhl, Sprecherin der Grünen Jugend Kassel, abschließend.

Rathausfraktion

07.06.2019 – Grüne: Fachkraftoffensive für Sozial- und Gesundheitsberufe

„Wir begrüßen die Initiative der Stadt Kassel, mit dem Aufstellen von Containern eine schnelle und kurzfristige Lösung gefunden zu haben. Damit können wir kurzfristig die erhöhte Nachfrage nach Krippen- und Kitaplätzen zeitnah erfüllen“, so Dr. Martina van den Hövel, bildungspolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen im Kasseler Rathaus. In der Pädagogik werde der „Raum als dritter Erzieher“ bezeichnet. „Kindgerecht ausgestattet können diese Räume mehr als nur eine Notlösung sein.“ Der Begriff Container dürfe hier nicht über die notwendige Qualität hinwegtäuschen. „Die Stadt wird einen hohen Standard halten.“

„Bei allen Anstrengungen um den Ausbau von Bildungs- und Betreuungsplätzen genießt Qualität höchste Priorität“, sagt van den Hövel. Der wichtigste Beitrag in den Kindertagesstätten werde weiterhin von

den Fachkräften geleistet. „Erzieher*innen arbeiten hoch motiviert und auf der Basis lang erworbener Qualifikationen. Wenn wir jetzt feststellen müssen, dass weniger Interesse an diesem verantwortungsvollen Beruf besteht und somit zukünftig Erzieher*innen fehlen, dann ist es an der Zeit, ein ganzes Bündel von Maßnahmen zur Gewinnung von Fachkräften zu starten.“

Keine einfache, aber eine direkt wirkungsvolle Lösung sei es da, Sozial- und Gesundheitsberufe angemessen zu bezahlen. „Wir setzen uns dafür ein, dass die Vergütung in den Sozial- und Gesundheitsberufen angehoben wird“, so van den Hövel weiter.

Darüber hinaus müsse jedoch dringend mit dualen Ausbildungen und der Möglichkeit des Quereinstiegs für Bewerber*innen zusätzlich gehandelt werden. „Zahlreiche Fachschulen für Sozialwesen in Hessen bieten die Erzieher*innen-Ausbildung in einer dualen Struktur an. Das stellt eine attraktive Möglichkeit dar, zusätzliche Fachkräfte zu gewinnen. Die Stadt Kassel hat sich um Förderungen aus dem Bundesprogramm „Fachkräfteoffensive“ beworben. In diesem Rahmen können praxisintegrierte, vergütete Ausbildungen geschaffen werden. Damit sind wir auf einem zusätzlichen Weg in die richtige Richtung.“

Karin Müller, MdL

06.06.2019 – Müller (Grüne): Programm "Digitale Schule Hessen": Kassels Schulen fit für den digitalen Wandel machen

Die Digitalisierung prägt unsere Gesellschaft bereits heute in fast allen Lebensbereichen. Schule hat die Aufgabe, die Schülerinnen und Schüler auf ihr Leben in dieser Gesellschaft vorzubereiten. Die Hessische Landesregierung hat nun aufbauend auf der Vereinbarung zwischen Bund und Ländern das Programm „Digitale Schule Hessen“ entwickelt, um allen Schülerinnen und Schüler ihrem Alter entsprechend in Sachen Digitalisierung gerecht werden zu können.

Ganz besonders freut sich die Kasseler Landtagsabgeordnete Karin Müller über die Fördersumme von über 16 Millionen Euro, die an Kassels Schulen für digitale Bildung eingesetzt werden sollen. „Die Mittel werden dazu beitragen können, die Qualität des Unterrichts weiter zu verbessern und die Teilhabe der Kinder und Jugendlichen in einer zunehmend digital geprägten Lebens- und Arbeitswelt zu gewährleisten.“

Voraussetzung für den Erwerb von digitalen Kompetenzen der Schülerinnen und Schülern ist

zudem auch eine gute Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte in diesem Bereich. Deswegen werden zudem die Fortbildungsangebote für Lehrerinnen und Lehrer massiv verstärkt und die Schulen bei der Erstellung und Weiterentwicklung von Medienbildungskonzepten beraten und unterstützt werden. „Es geht zum einen um den Erwerb von Medienkompetenz, zum anderen darum, das pädagogische Potenzial digitaler Medien für den Unterricht und das Lernen der Schülerinnen und Schüler zu nutzen“, so Müller.

Hintergrund: Hessen erhält in den kommenden fünf Jahren aus dem Digitalpakt des Bundes einen Betrag in Höhe von rund 73 Millionen Euro pro Jahr. Das Programm „Digitale Schule Hessen“ wird diese Anstrengungen noch einmal mit über 60 Millionen Euro ergänzen. Für jede Schülerin und jeden Schüler stehen somit 540 Euro zur Verfügung.

Karin Müller, MdL

06.06.2019 – Für Mittelstrecken-Pendler: Hessens erster Radschnellweg

Heute wird der Radschnellweg von Darmstadt-Wixhausen nach Egelsbach eröffnet. Das Projekt ist der erste Teil der Radschnellwegverbindung von Darmstadt nach Frankfurt. „Das Fahrrad und das immer beliebter werdende E-Bike sind nicht nur für Kurzstreckenpendler eine tolle Mobilitätsoption. Die richtige Infrastruktur, wie der Radschnellweg von Darmstadt nach Frankfurt, macht das Rad auch für Mittelstreckenpendler attraktiv“, freut sich Karin Müller, Sprecherin für Verkehr der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Hessischen Landtag, über die erfolgreiche Umsetzung von zeitgemäßer Fahrradinfrastruktur in Hessen.

Die Eröffnung durch Wirtschafts- und Verkehrsminister Tarek Al-Wazir soll nur der Auftakt sein für weitere umfangreiche Projekte zur Förderung des Fahrrads in Hessen. „Wir verfolgen weiterhin unser Ziel zusammenhängender Radwegenetze sowie den Ausbau von Radschnellwegen auf Grundlage eines Masterplans „Radnetz Hessen“. Außerdem wollen wir die erfolgreiche Arbeit der AG Nahmobilität fortsetzen, unter anderem um Pendlern eine klimaneutrale und individuelle Alternative ohne Staus zu Auto und ÖPNV anbieten zu können“, so Karin Müller weiter.

„Unser Ziel ist es, in Hessen Musterlösungen für Radverbindungen, einschließlich des Standards der ERA (Empfehlungen für Radverkehrsanlagen, Raddirektverbindungen und Radschnellverbindungen) einzuführen und sie den Kommunen zur Umsetzung zu empfehlen. Das Projekt des Radschnellwegs zwischen Darmstadt und Frankfurt wird von der Hochschule Darmstadt wissenschaftlich begleitet und bringt uns so zusätzlich wertvolle Erkenntnisse, die uns in Zukunft als Best Practice Beispiel dienen können. Um das gesammelte Know-how für zukünftige Projekte

effektiv einbringen zu können, wollen wir außerdem die AG Nahmobilität weiter stärken und aktiv unterstützen.“

Für das erste Teilstück des Radschnellwegs zwischen Egelsbach-Bahnhof und Darmstadt-Wixhausen erfolgte der Spatenstich im Oktober 2018. In neun Monaten wurde hier eine neue, vier Meter breite Asphalttrasse mit einer Länge von rund 3,6 Kilometern gebaut. Am Sonntag, den 23. Juni wird im Rahmen des großen Events „Radschnellweg live“ ein Programm mit Informationen direkt am Radschnellweg in Egelsbach geboten.

Grüne Jugend Kassel & Grüne Hochschulgruppe Kassel **05.06.2019 – Pressemitteilung der Grünen Hochschulgruppe Kassel und der Grünen Jugend Kassel bezüglich des Gerichtsverfahrens gegen Prof. Dr. Kutschera.**

Heute steht Prof. Dr. Ulrich Kutschera, ein Dozent der Universität Kassel, wegen Volksverhetzung vor dem Amtsgericht Kassel.

Wir fordern, dass Kutschera im Falle einer Verurteilung nicht nur vom Präsidium der Universität Kassel sondern auch von unserer GRÜNEN Bildungsministerin Angela Dorn mit klarer Positionierung für die Rechte aller Studierender von seinem Lehrauftrag an unserer Universität freigestellt wird.

Ulrich Kutschera hatte im Jahr 2017 ein Interview bezüglich der damals beschlossenen "Ehe für Alle" gegeben. Darin hetzte er mehrfach gegen homosexuelle Menschen. Diese bezeichnete er unter anderem als "sterile, a-sexuelle Erotik-Duos", die aufgrund ihrer Homosexualität automatisch auch pädophil agieren würden. Des Weiteren sprach Kutschera den Kindern von homosexuellen Paaren die Möglichkeit einer glücklichen und von Elternliebe geprägten Kindheit ab, sie könnten nur "massiven emotionalen Abscheu" empfinden.

Alle diese Aussagen kritisieren wir scharf.

Die Grüne Hochschulgruppe Kassel sowie die Grüne Jugend Kassel solidarisieren sich ausdrücklich mit allen Personen, die Ulrich Kutschera mit seinen Aussagen verunglimpft. Wir kämpfen weiterhin für eine offene und vielfältige Gesellschaft, in der Menschen unabhängig ihrer sexuellen Orientierung selbstbestimmt leben können. Dazu gehört es auch, Kinder großzuziehen.

Lehrbeauftragte an einer Hochschule haben nicht nur im Universitären, sondern auch im Gesamtgesellschaftlichen eine Vorbildfunktion inne. Dass sich ein Professor unserer Universität offen menschenfeindlich äußert und dafür auch noch pseudowissenschaftliche Argumente anführt ist nicht hinnehmbar.

Unsere Hochschule darf Diskriminierung von LGBTQI+ aus den eigenen Reihen nicht länger hinnehmen, sie muss eine Uni mit allen - und für alle sein!

Parteivorstand & Rathausfraktion

03.06.2019 – Tod von Dr. Walter Lübcke: Erschütterung bei den Kasseler Grünen

Mit großer Bestürzung haben Partei und Rathausfraktion von Bündnis 90/Die Grünen Kassel am Sonntag auf den plötzlichen Tod des Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke reagiert: „Der Tod von Dr. Walter Lübcke hat uns alle geschockt. Seine Verbundenheit mit der Region und sein stets engagierter Einsatz für Nordhessen brachten ihm völlig zu Recht ein außerordentliches Ansehen über Parteigrenzen hinweg ein. Auch wenn es politisch mal diskursiv zu ging, bei Dr. Lübcke konnte man sich immer auf die klaren Worte verlassen. Er wird uns fehlen.“, erklärt Boris Mijatovic, grüner Fraktionsvorsitzender im Kasseler Rathaus.

„Mit Dr. Walter Lübcke geht innerhalb von kurzer Zeit eine weitere der prägendsten Persönlichkeiten Nordhessens von uns.“, ergänzen die Parteivorsitzenden Vanessa Gronemann und Daniel Stein. „Dass er Berichten zufolge keines natürlichen Todes gestorben sei, ist entsetzend. Wir hoffen auf eine schnelle und gründliche Aufklärung der Umstände.“ Bis dahin gebe es keinen Platz für Spekulationen. „Unser tief empfundenes Beileid gilt der Familie und den persönlichen Freunden“, kondolieren Gronemann, Stein und Mijatovic.

Rathausfraktion

31.05.2019 – Grüne: Kassel handelt im Klimanotstand

„Wir wollen, dass sich Kassel dem Bündnis der Städte anschließt, die den „Klimanotstand“ ausrufen. Wir sind Teil der Industrienation Deutschland und erkennen unsere Verantwortung für den menschengemachten Klimawandel an. Als Großstadt in Europa haben wir die Aufgabe auf allen Ebenen aktiv zu werden und die Folgen des Klimawandels politisch zu beantworten“, so der Fraktionsvorsitzende der Rathaus-Grünen, Boris Mijatovic.

Zahlreiche Kommunen hätten sich bereits verpflichtet, mit geeigneten Maßnahmen der Klimakrise entgegenzutreten. Auch Kassel müsse auf kommunaler Ebene alles dafür tun, dass die Ziele des Pariser Klimaabkommens eingehalten werden können. „Wir, die wir heute in der politischen Verantwortung stehen, haben noch die Chance, dass künftige Generationen in einer lebenswerten Welt eine Zukunft bekommen. Die eindrücklichen Proteste der Schülerinnen und Schüler haben dies mit ihren Freitagsdemos sehr klar gemacht. Diese Forderungen sind unsere Verpflichtung. Wir wollen alle künftigen städtischen Entscheidungen unter den Vorbehalt der Klimagerechtigkeit stellen.“

Klimaschutz sei jedoch nicht nur eine Frage ökologischer Veränderungen. „Der Umstieg in eine klimagerechte Zukunft wird große Veränderungen mit sich bringen. Dafür müssen wir werben und die

Menschen bei diesen Veränderungen mitnehmen.“ sagt Mijatovic. „Unsere zentrale Aufgabe ist daher, die sozialen Folgen der Energie, Verkehrs- und Wärmewende noch stärker in den Blick zu nehmen. Das ist möglich und es ist notwendig. Denn es kann nicht sein, dass die Maßnahmen zum Schutz von Klima und Natur von den finanziell schlechter gestellten Menschen getragen werden.“

Ökologisch-soziale Aufgaben müssten jedoch auch durch Bundes- und Landesregierung mit geeigneten Rahmensetzungen unterstützen werden. „Es geht nicht an, dass weiterhin klimaschädliches Verhalten subventioniert wird und die Bundesregierung beim Ausbau der Erneuerbaren Energien auf der Bremse steht. Nach dem Motto: irgendwann zahlt schon die Allgemeinheit. Wir fordern die Unternehmen schon heute auf, ihre Produktion und Waren auf klimaneutrale Verfahren und umweltfreundliches Verhalten umzustellen.“

„Wir in den Städten wollen aber nicht auf andere warten. Unser Anspruch muss die Veränderung sein: Klima- und umweltschädliches Verhalten endlich zu beenden“ sagt Mijatovic. „Die Kasseler Grünen werden diesen Transformationsprozess nach Kräften unterstützen!“